

# Thüringer Allgemeine

## Wasserspiele

ARNSTADT. An Appellen zum Dialog und Vorwürfen zu dessen Verweigerung mangelt es nicht. Es wird offiziell nicht miteinander, aber viel übereinander geredet. Aber man ist ständig in Kontakt. Für den normalen Wasserkunden ist schwer zu verstehen, was derzeit zwischen dem Wasser-/Abwasserzweckverband Arnstadt und seinen Gegnern abläuft.

Am Freitag um 14 Uhr soll es ein "etwas anderes Straßenfest" am Schönbrunn geben, vor den Toren des WAZV. Eingeladen zu den "Wasserspielen", so der Titel, hat der Sprecherrat der Bürgerinitiativen alle Arnstädter. Die Werkleitung und alle Mitarbeiter des WAZV sind sogar schriftlich um Anwesenheit gebeten worden. Nur hingehen wird vom WAZV wohl keiner. Die Thematik Wasser und Abwasser in "Wasserspiele" einzubetten, halte er für "suspekt", schreibt Werkleiter Wolfgang Treyße in der Antwort auf die Einladung, die den Verband übrigens erst erreichte, als das Mitteilungsheft der Bürgerinitiativen mit der Ankündigung der "Wasserspiele" bereits gedruckt war.

Ein öffentlicher Dialog zwischen dem Verband und seinen Gegnern wird wohl deshalb auch an diesem Freitag nicht stattfinden. Die Bürgerinitiativen werden dies zum Anlass nehmen, erneut die fehlende Gesprächsbereitschaft des WAZV zu geißeln. Und der Verband wird die Veranstaltung vor seiner Tür mindestens als Affront, wahrscheinlich sogar als Belagerung empfinden.

Als Affront hat der Sprecherrat der Bürgerinitiativen auch die jüngste Betriebsversammlung des WAZV empfunden, auf der Werkleiter Treyße die Belegschaft über die möglichen Risiken einer Auflösung des Verbandes per Bürgerentscheid aus seiner Sicht informiert hatte (TA berichtete). "Wir fordern von der Werkleitung zum wiederholten Male, mit der Verunsicherung der Beschäftigten des WAZV endlich Schluss zu machen und einen konstruktiven Dialog mit den Bürgerinitiativen zu gestalten", heißt es in einem langen offenen Brief des Sprecherrats. Darin werden unter anderem auch verschiedene Fälle durchgespielt, wie sich jetzige Verbandsgemeinden nach einer Verbandsauflösung verhalten könnten, sollten oder müssten. "Sollten sich wegen der weiteren Blockadehaltung der Verantwortlichen Umstrukturierungen notwendig machen, wird dies keinesfalls zur Gefährdung von Arbeitsplätzen führen". Es ist eine direkte Antwort auf Werkleiter Treyße, der vor seinen Beschäftigten ebenfalls einige Varianten der Verbandsauflösung durchgespielt hatte - aber zu ganz anderen Schlussfolgerungen gekommen war. Überprüfen kann der Laie keine davon. Denn das Thüringer Kommunalrecht ist komplizierter als manche Gebührenabrechnung und eine Verbandsauflösung in dieser Form gab es noch nie.

Aber warum reden die eigentlich nicht miteinander und lassen den armen Verbraucher mit solchen Spitzfindigkeiten in Ruhe? Und was haben eigentlich Gebühren- und Beitragszahler von derartigen Scharmützeln?

Die zweite Frage ist leicht zu beantworten: nichts. Denn der aus Sicht der Betroffenen sehr berechtigte Protest der Bürgerinitiativen hat zwei wesentliche Ziele bereits erreicht: Es ist endlich ein Verbraucherbeirat gegründet worden und das Verwaltungsgericht hat ein Bürgerbegehren gegen den Verband für rechtmäßig erklärt, das vorher abgelehnt worden war. Beides wäre der Anlass, nun zunächst öffentliches Säbelrasseln sein zu lassen und sich normal über mögliche und nötige Veränderungen zu unterhalten.

Und das passiert sogar. Während öffentlich noch immer die Mär von der mangelnden Dialogbereitschaft verbreitet wird, sitzen mehr oder weniger heimlich Vertreter beider Seiten gemeinsam am Tisch, werden Unterlagen ausgetauscht und Berechnungen angestellt. Im frisch berufenen Verbraucherbeirat des WAZV sitzen viele Organisatoren der "Wasserspiele", mit dem Landrat wird am Donnerstag über das weitere Vorgehen bei der Widerspruchsbearbeitung geredet, und der technische Leiter des WAZV diskutiert mit dem Sprecherrat technische Probleme. Es ist eine Stimmung, aus der endlich wieder eine sachliche Debatte um Beiträge, Gebühren und Verfahrensweisen erwachsen könnte, wie man sie wohl zuletzt aus den Zeiten des leider zu früh verstorbenen Ernst Emonts kannte.

Aber man müsste jetzt aufhören, weiter mit den Säbeln zu rasseln. Denn die Forderung der Bürgerinitiativen an den Verband, für die Bürger da zu sein und nicht umgekehrt, ist richtig. Aber sie sollte nicht nur für den Verband gelten, sondern auch für die Bürgerinitiativen.

Von Eberhardt PFEIFFER

Dienstag, 20. Mai 2008